Informationen
Kommentare
Meinungen

Heimat- und Geschichtsverein
Winterberg e.V.
I W- Ge/Pol

Die Brennessel

Kritische Stadtteilzeitung des Ortsvereins der SPD Winterberg

Aus dem Inhalt:

"Aufgespießt"

Die "Militärs" wollen wieder alles

Eine Bemerkung zu Holocaust

Der genormte Mensch

2.Jahrgang Nr. 1
16.Februar 1979

»Die Brennessel«
kritische Stadtzeitung
Herausgeber: Ortsverein der SPD Winterberg
Verantw. Redakteure:
Klaus Adamek
Gerhard Kroh
Redaktionsanschrift:
Fichtenweg 47
Winterberg · Tel. 370
Druck: Eigendruck

Heimat- und Geschichtsverein
Winterberg e.V.
I W Gelpol

E L T E R N W I L L E :

REALSCHULE IN WINTERBERG!

"Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung und Bildung. Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens. Die staatliche Gemeinschaft hat Sorge zu tragen, daß das Schulwesen den kulturellen und sozialen Bedürfnissen des Landes entspricht."

So steht es im Artikel 8.1 der Verfassung unseres Landes Nordrhein-Westfalen.

Für diese Verfassung einzutreten, haben sich der Schulamtsdirektor Josef Wolff, der Oberstudiendirektor Willy Siepmann und die Rektoren der Hauptschulen von Winterberg wie alle Beamte unseres Landes verpflichtet durch ihren geleisteten Beamteneid.

Diese demokratische Verfassung und deren Einhaltung wird für so wichtig angesehen, daß dafür eine eigene Behörde, der Verfassungsschutz, geschaffen worden ist.

"Die Brennessel" empfiehlt dem oben genannten Personenkreis, unsere Landesverfassung aufmerksam zu studieren und sich überhaupt alle gesetzlichen Bestimmungen genau anzusehen, und die Erkenntnisse, die sie daraus geschöpft haben, auch in die Tat umzusetzen.

Erziehungsberechtigte von Kindern, die für ein 5. Schuljahr einer Realschule infrage kommen, haben sich zu einer Elterninitiative zusammengeschlossen mit der Absicht, daß im Bereich unserer Stadt Winterberg eine Realschule angeboten wird.

Durch die hinlänglich geleisteten Unterschriften fand der Elternwille seinen klaren Ausdruck, nach dem die Stadt Winterberg als Schulträger verpflichtet ist, eine solche Schulart zu schaffen.

Anstatt nun dem Willen der Erziehungsberechtigten Rechnung zu tragen, geschieht genau das Gegenteil!
Es bildet sich eine Abwehrfront gegen die Errichtung einer Realschule. Es wird teilweise mit unlauteren Mitteln und Tricks gearbeitet, um das Zustandekommen dieser Schulform zu verhindern. Man ging sogar so weit, die Bürger unserer Stadt unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hinters Licht zu führen. ?
Die Realschule wurde als eine Art von Würgeengel für das gesamte Winterberger Schulsystem an die Wand gemalt, dem mit einem Menetekel: "Gezählt, gewogen und zu leicht befunden!" entgegengetreten werden soll.

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

1.) Zunächst betätigte sich der Schulausschuß als Zahlenakrobat und verteilte das Viertel aller Schüler, das für eine Realschule infrage kam, auf Hauptschulen und Gymnasium. Ergebnis: "In Winterberg gibt es kaum Realschüler!"
Durch gewissen Denkanstöße sah man sich dann doch gezwungen, die richtigen Zahlen zu errechnen, die dann aber den Bürgern unserer Stadt nicht bekannt gemacht wurden.

2.) Schulleiter aus dem Raum Winterberg verkünden plötzlich, daß durch die Errichtung einer Realschule der Bestand der Hauptschulen gefährdet sei.
So wurden in einem Stadtteil die welche ? Vertreter der Eltern von Hauptschule und Grundschule dazu gebracht, sich gegen eine Realschule zu wenden.
Offensichtlich war der betreffende Schulleiter nicht über den § 16a des Schulordnungsgesetzes orientiert oder wollte seine Kenntnisse nicht weitergeben.
Dieser § 16a besagt: "Grund- und Hauptschulen müssen die Voraussetzungen für einen geordneten Schulbetrieb erfüllen. .....
Diese Voraussetzungen sind abhängig von bestimmten Schülerzahlen, die aber unterschritten werden können, wenn ein Bedürfnis dafür besteht, die Schulen dennoch weiterzuführen, wodurch sie praktisch so gut wie unauflösbar werden:
G r u n d s c h u l e n können halbzügig (= zwei aufsteigende Klassen; d.h. z.B. 1. und 2. Schuljahr in einem Klassenverband, und 3. und 4. Schuljahr in einem Klassenverband.),
H a u p t s c h u l e n können einzügig (= fünf aufsteigende Klassen)
fortgeführt werden.
Ein solches Bedürfnis liegt in jedem Fall vor, wenn den Kindern der Weg zur größeren Schule nicht zugemutet werden kann (Länge, Dauer, Gefährlichkeit des Schulweges)."
Soweit der § 16a.

Hier drängt sich nun die Frage auf: Fürchten vielleicht einige Schulleiter um ihre Stellenzulagen, wenn weniger Schüler ihre Schule besuchen? Geht es nur um Eigeninteressen, um den privaten Geldbeutel gewisser Pädagogen, oder geht es um unsere Kinder?

3.) Der Schulamtsdirektor Josef Wolff verbot die Einsammlung von Willenserklärungen Hallenberger Eltern für die Errichtung einer Realschule in Winterberg, obwohl die Genehmigung dazu von der Stadt Hallenberg - wie es auch vorher in Winterberg geschehen war - erteilt worden war.
Herr Josef Wolff setzte sich rigoros über den Elternwillen hinweg!

4.) Anmeldefristen wurden willkürlich vorgezogen.
Obwohl die Anmeldefrist für weiterführende Schulen erst Ende Februar abläuft, veranlaßte die

Stadt Winterberg die Grundschulen, den Abgabetermin (aus durchschaubaren Gründen) auf Anfang Februar 1979 vorzuverlegen.

Dabei wurden Meldebögen verwandt, in denen auf die evtl. Errichtung einer Realschule in Winterberg nicht hingewiesen wurde.
Als weiterführende Schulen wurden aufgeführt die Realschulen in Bad Berleburg und Olsberg (beide über 20 km von Winterberg entfernt) und das Gymnasium in Winterberg.

Obwohl es erfolgsversprechende Bemühungen um die Errichtung einer Realschule in Winterberg gab und gibt, hat die vom Stadtdirektor Edwin Dohle abhängige Verwaltung (Dohle: "Meine Verwaltung") das völlig ignoriert; vermutlich um die Bevölkerung zu verunsichern und die Errichtung einer Realschule "auf dem kalten Wege" zu verhindern.

5.) Auf der Veranstaltung "Realschule Winterberg" am 23. Januar 1979 in der Grund- und Hauptschule Winterberg bearbeitete der Stadtdirektor Edwin Dohle unterstützt von dem Oberstudiendirektor Willy Siepmann die anwesenden Eltern in massiver Weise und suchte sie mit allen Mitteln von dem Vorhaben abzubringen, für eine Realschule in Winterberg zu plädieren und dieses auch noch durch eine schriftliche Willenserklärung kundzutun.

Viele Eltern fragen sich mit Recht, was Herr Dohle gegen die Errichtung einer Realschule in Winterberg haben kann. Oder sind etwa die Finanzen der Stadt Winterberg so erschöpft, daß die Errichtung einer Realschule unsere Stadt in den Bankrott treibt? (Was ja nicht ausgeschlossen sein könnte, wenn man sich den neuen Haushaltsentwurf des Jahres 1979 genau angeguckt hat.)

6.) Auch Oberstudiendirektor Willy Siepmann sieht sein Gymnasium durch die Existenz einer Realschule in Gefahr.
Das ist aber in keiner Weise der Fall, wenn man die Schulgesetze und die ministeriellen Erlasse und Verfügungen aufmerksam durchliest.

Ferner hat Herr Siepmann offensichtlich nicht die Richtlinien für Silentien (Förderunterricht) gelesen, die demnächst eingerichtet werden sollen.
Hier steht unter 1.2: "In Silentien sollen vorwiegend aufgenommen werden
a.) Schüler, deren Lernprozesse gestört sind, so daß die Gefahr besteht, daß sie partiell (teilweise, Red.) die Lernziele eines Schuljahres nicht erreichen."

"Die Brennessel" ist nun aber der festen Überzeugung, daß Realschüler nicht unter Lernstörungen leiden, die abgebaut werden müssen, damit sie gymnasiumsreif werden.

Ferner heißt es in den Richtlinien unter 2.6: "Silentien können für die Dauer von 16 (sechzehn) Schulwochen mit je sechs Wochenstunden

durchgeführt.....werden."

Der Zeitungsartikel des Herrn Willy Siepmann in der WESTFALENPOST vom 1. Februar 1979 vermittelt aber den Eindruck, als ob die Solentien - die grundsätzlich nachmittags außerhalb des normalen Unterrichtes durchzuführen sind und eine große Belastung für unsere Zehn- und Elfjährigen bedeuten - eine Dauereinrichtung werden, die sich über das ganze Schuljahr hinziehen würden.
Irrtum oder Absicht?

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Alle diejenigen, die sich gegen die Errichtung einer Realschule wenden, haben aber nicht mit der Hartnäckigkeit und mit der Energie gerechnet, mit der die Winterberger Bürger die Interessen ihrer Kinder wahrnehmen und ihre Elternrechte verteidigen.

Der zuständige Sachbearbeiter für die Errichtung von Realschulen beim Kultusministerium in Düsseldorf, Herr Wetzke, hat am 2. Februar 1979 telefonisch mitgeteilt, daß für die Errichtung einer Realschule in Winterberg, anlaufend mit einem 5. Schuljahr, bedeutend mehr Kinder infrage kämen als die, für die Erziehungsberechtigte sich in die Liste der Elterninitiative eingetragen haben.

Das bedeutet, daß mindestens eine zweizügige Realschule (oder ein zweizügiger Realschulzweig) in Winterberg eingerichtet werden muß.

Die Stadt Winterberg, die einzig und allein die Interessen ihrer Bürger zu wahren und zu vertreten hat, kennt nun ihre Aufgabe!

Rat und Verwaltung haben, da die Voraussetzungen gegeben sind, dafür Sorge zu tragen, daß am 1. August 1979, also mit Beginn des neuen Schuljahres, das dreigliedrige Schulsystem auch in Winterberg Wirklichkeit wird!!

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Anmerkung:

Die Aktion gegen die kooperative Schule forderte das dreigliedrige Schulsystem: Hauptschule, Realschule und Gymnasium.
Die Aktion hatte Erfolg.
Doch von einem zweigliedrigem Schulsystem, nur Hauptschule und Gymnasium, war nicht die Rede!!

So haben sich auf der Hauptversammlung der Frauenvereinigung im CDU - Stadtverband Winterberg Anfang 1977 (veröffentlicht: WESTFALENPOST 25. Februar 1977) die Frauen der CDU für das dreigliedrige Schulsystem ausgesprochen:
"Die CDU - Frauen sehen im dreigliedrigem System der weiterführenden Schulen am ehesten die Gewähr dafür, daß ein vollständiges und ortsnahes Schulangebot im ländlichen Raum gesichert werden kann.
Dem damals gewählten Vorstand gehörten unter anderen an:

Frau Barbara Schilling,
Frau Ruth Listeck,
Frau Regina Brinkmann, CDU-Stadträtin,
Frau Christel Gladen, Schulpflegschaftsvorsitzende der Grundschule Winterberg.

"Die Brennessel" befindet sich also nicht in schlechter Gesellschaft, wenn sie sich für die Errichtung einer Realschule einsetzt!
Denn die Überschrift des oben angeführten Artikels lautet:
"Im dreigliedrigen Schulsystem sehen CDU - Frauen beste Lösung"

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

DER ANTRAG AUF ERRICHTUNG EINER REALSCHULE ODER EINRICHTUNG EINER ZWEIGSTELLE EINER REALSCHULE LIEGT BEI DER STADT WINTERBERG VOR !

Kr.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

A U F G E S P I E S S T

Badeerlebnisse

Noch nie ist mir ein verschuldeter Geschäftsmann begegnet, welcher sein Defizit durch Erhöhung der Preise ausgleichen wollte.
Aber genau das wird von der Stadt Winterberg praktiziert. Im Kurmittelhaus trifft das auf das Bewegungsbad zu.
Bedauerlich ist es schon, wenn man auf ein Team wasserscheuer Architekten hereinfällt, durch welches erhebliche Baumängel entstanden sind.

Ein Bewegungsbad sollte vor allem auch Körperbehinderten zugänglich sein! Doch nicht in Winterberg!

Eine endlose Treppe führt in die Baderäume; ein Labyrinth ohne Fenster, das hauptsächlich aus Türen besteht.
Drei Umkleidekabinen und acht Kleiderschränke bei den Damen sind zu wenig! Sollen denn, wenn der Andrang etwas größer wird, die übrigen Gäste Schlange stehen und warten? Oder ist das schon der erste Schritt zur Vorbereitung der Nacktkultur? Denn die restlichen Kleiderkästchen sind nicht einmal als Vogelkäfige zu verwenden.
Auch bei den Herren der Schöpfung sieht es nicht besser aus. Wer das nicht glaubt, der sollte ruhig einmal hingehen und versuchen, dort seine Garderobe unterzubringen.
In den Kabinen steht man beim An- und Auskleiden auf kaltem Steinfußboden, auf dem normalerweise ein Holzrost zu liegen hat.
Die Wände sind dort mit einer Art von Glasputz versehen. Für was das gut sein soll, ist unbekannt. Dieser Glasputz hat aber den großen Nachteil, daß man sich beim Aus- und Anziehen nicht anlehnen kann, weil andernfalls die Kleidung beschädigt wird.
Einen kalten und zugigen Flur zu überqueren, ist auch nicht gerade ein Idealzustand!
Die angeblich schon zur Eröffnung bestellte Wäscheschleuder ist bis

heute noch nicht eingetroffen!
Zusätzlich prangt ein Schild an der Tür zur Sauna "Betreten nur mit Eintrittskarte".
Wenn die Warmwasserdusche im Bad stets in Ordnung wäre, brauchte man den Nebenraum kaum aufzusuchen.

Und nun auch noch Preiserhöhung!
Sollten 3.50 DM nicht genug sein?!

Die Stadt sollte hier ernstlich überlegen, und die Mängel beseitigen.
Wir wollen doch die wenigen Besucher nicht auch noch verscheuchen!
Ein Millionenprokekt kann nicht als ewiger Zuschußbetrieb vergammeln.
Noch ein kleiner Hinweis:
Ein bißchen Werbung und gelegentliche "Sonderangebote" würden vielleicht mehr Besucher in das Kurmittelhaus bringen!

Fg.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Der "Weiße Fleck" - Zufall oder Privileg?

Am 13. Dezember 1978 fand im Hotel "Sonne" eine Bürgeranhörung statt, in deren Verlauf Bürger und Grundeigentümer des Schneilgebietes den Bebauungsplanentwurf von Behördenvertretern erläutert bekamen.
Auch konnte jeder Anwesende die geplanten Festlegungen hinsichtlich der Bebauung und neuer Straßenführungen diskutieren und Anregungen zu Protokoll geben.
Der ausgehängte Planentwurf wies in allen Bereichen Einfärbungen auf, die Aufschluß über die Art der Flächennutzung und Größe der Bebauung gaben.
Nur eine große Fläche um das "Alte Kurhaus" herum stellte sich als "Weißer Fleck" dar.
Außerdem war der Fichtenweg von seiner Einmündung in die Astenstraße bis zum "Alten Kurhaus" einfach "verlegt". Er durchschneidet nun den nördlich vom "Alten Kurhaus" gelegenen Park.
Auf die Bedeutung des "Weißen Flecks" angesprochen antwortete zunächst nicht einer der Behördenvertreter, sondern die Ehefrau eines hiesigen Architekten, die in unerwartet scharfer Form auf die Frage nach dem "Weißen Fleck" einging.
Die verblüfften Zuhörer erfuhren, daß die Dame Besitzerin des "Alten Kurhauses" sei und dieses, ohne daran etwas verdienen zu wollen, in ein Hotel umwandeln werde.
Auch werde dieses neue Hotel keinem anderen in Winterberg "wehtun".
Die Straßenverlegung sei notwendig, damit die Gäste beim Verlassen ihres Hotels nicht unmittelbar den Gefahren der Straße ausgesetzt seien.

Ein anwesender Hotelier meinte zum letzten Teil der Ausführungen dieser Dame, dann könne wohl jeder Hotelbesitzer erwarten, daß die Planer die Straßen einen Bogen um sein Hotel machen lassen.

Besonders widersprüchlich und ärgerlich ist die Aussage der Behör-

denvertreter, daß die Einmündung der Schneilstraße in die Astenstraße am Hotel "Sonne" geschlossen werden müsse, bzw. nur dann erhalten bleibe, wenn die Kosten der Errichtung einer Linksabbiegerspur im Rahmen des Ausbaues der Astenstraße von den Schneilbewohnern übernommen würden.
Stellt man diese Aussage der offenkundigen Bereitschaft gegenüber, zugunsten der Kurhausbesitzerin von vornherein eine Straße zu verlegen, so wird deutlich, daß die Erhaltung der bestehenden Zufahrt ins Schneilgebiet teuer von dessen Bewohnern erkauft werden soll, andererseits eine bestehende Straße zugunsten eines Einzelnen auf Kosten des Steuerzahlers verlegt wird.

Ad.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Den Bock zum Gärtner machen

Das Architekturbüro des Maschinenbauingenieurs D e y l e , Stuttgart, erhielt den Planungsauftrag zur Errichtung der Bobbahn.
Schon jetzt betragen die Kostenüberschreitungen vier Millionen gegenüber der von den offiziellen Stellen vertretenen Zehn-Millionen-Grenze.
In Einschätzung seiner "Fähigkeiten" erhielt D e y l e den Planungsauftrag für die Mattenschanzen. Und auch da stehen den veranschlagten 960 000 DM tatsächlich entstandene Kosten von ca. 1 300 000 DM gegenüber.

Der Gartenbauarchitekt H i l g e n h a u s war als Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft für die Planung und Errichtung des Kurmittelhauses verantwortlich und damit auch für die enormen Kostenüberschreitungen.
Nun lesen wir in der WESTFALENPOST vom 16. Januar 1979, daß der Bauausschuß dem Rat vorschlägt, dem Architekten H i l g e n h a u s die Bauplanung und Bauleitung bei der Errichtung der "Kurpromenade" zu übertragen.

Offensichtlich haben die Planungsbüros gute Chancen, vom Rat der Stadt Winterberg Aufträge zu erhalten, die am Zustandekommen riesiger Kostenüberschreitungen bei vorangegangenen Bauten verantwortlich mitbeteiligt waren.

Welch Qualitätsmerkmal der Planer, aber auch ihrer Auftraggeber!

Ad.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Auftragsvergabe Sportplatz

In der Ratssitzung vom 22. Januar 1979 wurde bekannt, daß die Verwaltung einen Planungsauftrag an einen Architekten vergeben hat, ohne daß der Rat dies beschlossen hatte. Soll ein derartiger Verstoß gegen die Gemeindeordnung ohne Konsequenzen bleiben?

Ad.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Es gab einmal

ein Jugendheim in Winterberg. Es ist noch gar nicht so lange her. Das Land Nordrhein-Westfalen steuerte jährlich 6000.- DM und die Stadt Winterberg jährlich 500.- DM bei.
Unsere Stadt schenkte sogar einmal 100 000 DM für dieses Jugendheim.

Doch schon seit geraumer Zeit ist es dort still geworden. Das Jugendheim trug zu Unrecht seinen Namen. Denn Jugendliche hatten zu diesem Haus sehr bald keinen Zutritt mehr. Die Damen der Caritas hielten dort ihre Versammlungen ab; der Altenclub tagte; Kolpingfamilie und Katholische Arbeiterbewegung bildeten sich dort weiter; der Kirchenchor probte; und im Keller schoben gesetzte katholische Bürger die Kegelkugel.
All das geschah im "Jugendheim".

Man machte sich weiter kaum Gedanken über die Zweckentfremdung dieses Hauses. Nur der Name "Jugendheim" störte. Schließlich war man ja erwachsen! Diese Bezeichnung störte genau so wie die Jugend, die man inzwischen in die Wirtschaften, Kneipen und Diskotheken getrieben hatte.
Gruppenräume, wem nützt das, und was bringt das? Nur Lärm und erhöhte Reinigungskosten!

Schließlich hatte einer eine glorreiche Idee: Ein neuer Name muß her! Dann kann man ruhigen Gewissens diese katholische Erholungsstätte dem Freizeitangebot unseres heilklimatischen Kurortes eingliedern.

Um der ganzen Sache einen hochwissenschaftlichen Anstrich zu geben, wurde das frühere Jugendheim in einer schöngeistigen Feierstunde in Edith-Stein-Haus umbenannt. (Edith Stein war eine katholische Philosophin jüdischer Abstammung und starb in Auschwitz.)

Nur noch einige unverbesserliche Bewohner unserer Stadt sagen jetzt noch Jugendheim statt Edith-Stein-Haus. Aber das wird sich im Laufe der Zeit schon geben!

Vor kurzem war im Jugendheim ein Spielabend der Kolpingfamilie. Es ist anzunehmen, daß es eine nostalgische Veranstaltung war. Denn man hatte die Gelegenheit sich so zu geben, als ob man ein Jugendlicher wäre, und man konnte sich an seine Jugendzeit erinnern.

Die Jugendlichen aber, für die dieses Haus ursprünglich gedacht war und erbaut worden ist, sitzen in ihrer verräucherten Kneipe.
Einer ruft:" Karl, noch eine Runde Bier und Korn!"

Kr.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Kurpromenade = Spazierweg

Gibt es irgendjemanden, der die Macher in Winterberg noch vor der Ausführung weiterer Tollheiten stoppen kann?

Oder kann das die Bürgerschaft erst bei der Wahl im September?

Diese Fragen stellt man sich angesichts des Vorhabens der Errichtung einer Kurpromenade.
Leben wir noch im 19. Jahrhundert? Ist denn nicht längst klar, daß viele Kurorte in Deutschland, darunter auch namhafte, am Rande ihrer Existenz leben, weil "Kuren" nicht mehr "in" ist?
Glauben Rat und Verwaltung wirklich, daß außer dem Gartenbauarchitekten irgendein Gast in Winterberg eine Kurpromenade vermißt?

Wollte man die Auflagen des Kurortegesetzes erfüllen, so kann man ohne Schwierigkeiten einen der vielen Wege im Kurpark feierlich zur Kurpromenade erklären.

Unsere Gäste suchen und finden genügend Spazierwege in reizvoller Landschaft.
Auf der zugigen Helle zu promenieren, fällt niemandem ein.

Gibt es in Winterberg nicht genügend Wege, Straßen und Bürgersteige, deren Errichtung oder Instandsetzung dringender als die Anlage einer Kurpromenade sind!?

Ad.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

"Hurra, wir werden saniert!"

Dieser Ausruf müßte Tag und Nacht in der Winterberger Kernstadt zu hören sein, wenn man den Worten einiger Winterberger CDU-Stadtvertreter Glauben schenken würde.

In der letzten Ratssitzung, am 22. Januar 1979, legte die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen (LEG) einen Ergebnisbericht (abgeschlossen Dezember 1978) über vorbereitende Untersuchungen im Untersuchungsbereich Altstadt Winterberg vor.
Diesem Bericht zufolge scheint sich die Begeisterung der Bevölkerung über die Altstadtsanierung in Grenzen zu halten, das Interesse daran äußerst mäßig zu sein.

1974 und 1977 wurde eine großangelegte Fragebogenaktion gestartet. Ein gutes Drittel aller Befragten, das sind ca. 35 %, antwortete überhaupt nicht.
Von denen, die geantwortet haben, halten 9,2 % der Mieter und 11,88 % der Eigentümer eine Sanierung überhaupt nicht für nötig.
Zusammen sind das weitere 21,1 % bezogen auf die Gesamtbevölkerung des Altstadtbereiches. Das sind zusammen mit den Nichtantwortern 56,1 % der Bevölkerung des vorgesehenen Sanierungsgebietes.
50 % der übrigen Haushalte, die geantwortet haben, haben nur geäußert, daß die Sanierung sich im wesentlichen darauf beschränken sollte, so viel alte Häuser wie möglich zu erhalten und vorhandene Baulücken zu schließen.
Diese 50 % entsprechen 33 % der Gesamtbevölkerung des Sanierungsgebietes.
Zählt man die oben errechneten Prozentzahlen zusammen, kommt man

zu folgendem Ergebnis:

89,1 % (neunundachtzig) der Bevölkerung des sogenannten "Altstadtgebietes" haben sich gegen eine Sanierung im Sinne der Landesentwicklungsgesellschaft ausgesprochen.

Nach dem Untersuchungsbericht der LEG sprachen sich nur 4 % der Haushalte (= 2,64 % insgesamt) für eine Sanierung in der beabsichtigten Form aus, wozu vielleicht noch 2 % Gewerbetreibende hinzuzuschlagen sind.
Nur 4 - 5 % der in der "Altstadt" wohnenden Bürger wollen also die "Großsanierung".
(Nach den vorgelegten Unterlagen konnte die Meinung von etwa 6 - 7 % der betroffenen Bevölkerung nicht berechnet werden; sie wird aber ungefähr den oben angegebenen Verhältnissen entsprechen.)

Festzuhalten ist also, daß mindestens 89,1 % der im sogenannten Sanierungsgebiet lebenden Bevölkerung gegen eine durchgreifende Flächensanierung ist.
Höchstens 7 % sind dafür.

Dieses eindeutige Ergebnis beweist, daß der vorgelegte Plan nicht den Interessen der Bevölkerung Rechnung trägt und einer umfassenden Neubearbeitung unter Beteiligung der Bürger bedarf!

Kr.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

In eigener Sache

Am Samstag, 27. Januar 1979 erschien in der WESTFALENPOST ein Leserbrief des Vorstandes des Verkehrsvereins Hoheleye.
In diesem Leserbrief kommt scharfe Kritik der Bürger von Hoheleye an der SPD/Zentrums-Fraktion zum Ausdruck.
Danach wird der Fraktion vorgeworfen, sich für die Belange eines ihrer Mitglieder entgegen den Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung eingesetzt zu haben.
Dem Gesamtstadtrat und der SPD/Zentrums-Fraktion wurde weiterhin vorgeworfen, die Anhörung im Saal anwesender Bürger abgelehnt zu haben.

Der Ortsverein der SPD Winterberg
legt Wert auf folgende Feststellungen:

1.) Wir halten die Beschwerden der Hoheleyer Bürger für berechtigt.

2.) Wir teilen nicht den Standpunkt der SPD/Zentrums-Fraktion.

3.) Wir fühlen uns von der Bürgerkritik insoweit nicht betroffen, da das einzige SPD-Ratsmitglied aus dem Kernstadtbereich Winterberg, Gerhard Kroh, im Februar 1978 von der Ratsfraktion der SPD ausgeschlossen wurde.

Ad.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Schrappen

Am 20. Januar 1979 erschien im "Grenzland-Kurier Rheinische Post" folgender Artikel unter der Überschrift:
"Jahr des Kindes in Winterberg ?"
Schwalmtal
" Wenig vom so laut propagierten "Jahr des Kindes" merkten einige Gruppen von Schülern des St. - Wolfhelm - Gymnasiums in Waldniel.

Ein Sonderzug brachte über 1000 Kinder in Begleitung ihrer Lehrer an das Ziel ihrer Reise, dem bekannten Wintersport- und Ausflugsort Winterberg im Sauerland.
Als die Zwölf- bis Dreizehnjährigen zu Kakao und Kuchen in Cafés oder Speiserestaurants einkehren wollten, konnten die Kinder nur noch staunen.
Einer der begleitenden Lehrer: "In drei aufeinanderfolgenden Lokalen wurden wir abgewiesen.
In einem waren "kurzfristig die Handwerker am Werk", die aber weit und breit nicht zu sehen waren.
In einem Lokal "wurden die Hotelgäste in ihrer Ruhe gestört", wenn die zehn oder zwölf Kinder beköstigt werden sollten!
Beim dritten Versuch war die Antwort wenigstens ehrlich:
"Wir bewirten keine ganzen Klassen.""

Den Kindern prägt sich dieses Erlebnis ein. Es läßt ihnen die Erwachsenenwelt sicher nicht vertrauenswürdiger erscheinen.

Auch die Glaubwürdigkeit des Winterberger Bürgermeisters muß man in Zweifel ziehen.
Schließlich hatte er vor den Kameras des WDR noch vorletzte Woche erklärt, wie "familienfreundlich" der Luftkurort sei. "

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Politische Neutralität ?

In den "Pfarrnachrichten" veröffentlichte der Pfarrer K. ner von St. Jakobus zu Winterberg am 31. Dezember 1978 und am 7. Januar 1979 einen Artikel von Hermann Rösler unter der Überschrift "Herodes läßt grüßen!" .
Beide Pfarrbriefe wurden der Ministerin Antje Huber, die in dieser "Verkündigung" in unqualifizierter Form angegriffen wurde, zur Stellungnahme übersandt.

b.w.

Antje Huber
Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit

5300 Bonn-Bad Godesberg 1, 8.2.1979

(Anschrift des Empfängers)

Lieber Genosse Kroh,

leider habe ich in meinem Berg von Akten erst jetzt Euren Brief gefunden. Das hängt auch damit zusammen, daß ich inzwischen zu Wahleinsätzen usw. war.
Ich hoffe, Ihr könnt den kleinen Text trotzdem noch unterbringen.

Mit freundlichen Grüßen
Eure (Unterschrift) Antje Huber

Die Ministerin schreibt dann weiter:

Infame Unterstellungen

Manche Unterstellungen sind derart infam, daß man eigentlich gar nicht darauf antworten sollte. Aber vielleicht wissen viele Bürger, die die unglaublichen Angriffe unter der Überschrift "Herodes läßt grüßen" gelesen haben, nicht, daß ich im Deutschen Bundestag das Thema § 218 mit großem Ernst verfolgt und einer Indikationsregelung den Vorzug gegeben habe.

Es hat aber keinen Sinn so zu tun, als sei ein Problem gelöst, bloß wenn es unter der Decke bleibt. Wo immer weniger Strafverfahren (und diese nur bei den ausgesprochenen armen Frauen), immer mehr Auslandsabtreibungen und schlimme Engelmacherinnen-Geschichten registriert wurden, war es sicher besser, einen geordneten Weg mit Beratung und Hilfe für Notfälle einzurichten.

Ich setze mich ein für Zentren für Familienplanung, in denen viele Hilfen angeboten werden. Die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen ist nur eine unter diesen Aufgaben, und ich messe den Erfolg des § 218 daran, wieviel Frauen sich hier durch Beratung und Hilfe auch entschließen, ihre Kinder auszutragen.

Ein gesellschaftliches Problem, von dem alle wissen, läßt sich durch Totschweigen nun einmal nicht regeln. Aber Abtreibung ist für mich immer noch das letzte Mittel in einer Notsituation.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Gratwanderung

Ein schneereicher Winter ist für unsere Stadt Winterberg sicher etwas Gutes, und bringt ganze Scharen von erholungsbedürftigen Menschen in unsere Gegend.
Doch die vielen Vorteile, die das "Manna, das vom Himmel fällt" unserer Stadt und ihren Bürgern schenkt, bringt auch Verpflichtungen mit sich; Verpflichtungen, die der Sicherheit von Leib und Leben der Bürger und Gäste dienen. Gemeint ist hier die Schneeräumung.

An dieser Stelle sei unseren städtischen Arbeitern einmal der Dank für ihren unermüdlichen Einsatz bei Tag und Nacht ausgesprochen.

Trotzdem will und muß "Die Brennnessel" einmal darauf hinweisen, daß von der Verwaltung der Stadt hier nicht planvoll vorgegangen worden ist.
Wichtiger als die perfekte Räumung der Zufahrtsstraßen zur Bobbahn erscheint uns die Räumung der Schulwege.
Hier wird der Schnee an den Straßenrändern so zusammengeschoben, daß für den Fußgänger nur noch die Möglichkeit übrig bleibt, sich mit einem todesmutigen Sprung auf die Schneeberge zu retten, wenn ein Auto die Straße passiert.
Besonders unsere Schulkinder sind davon betroffen, wenn sie z.B. durch die Wallme, Ursulinenstraße und Franziskusstraße -- um nur einige Namen zu nennen - zur Schule gehen.
Wenn der aufgehäufte Schnee dann auch noch zusätzlich vereist ist, kommt noch die Gefahr des Abrutschens hinzu.
Man wundert sich nur, daß bis jetzt noch nichts Ernsthaftes passiert ist. !
Trotzdem fordern wir, daß die Schneeberge abgefahren werden, damit die Gratwanderung nicht eines Tages in einem Todessturz endet!

Zum Schluß noch ein Hinweis:
Viele Gäste unserer Stadt suchen die in den Prospekten von Winterberg angepriesenen zahlreichen vom Schnee geräumten Wanderwege und können nur einige wenige entdecken!

Kr.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

S P R E C H S T U N D E N D E S SPD-RATMITGLIEDES GERHARD KROH:

Auf der Wallme 10
(Neben dem Kindergarten)
5788 Winterberg 1
Tel. 02981/2877
Samstag, 24. Februar 1979
Samstag, 10. März 1979
Samstag, 24. März 1979
Samstag, 7. April 1979
Samstag, 21. April 1979

Die Sprechstunden sind in der Zeit von 10.00 - 12.00 Uhr.
Außerdem jederzeit nach Vereinbarung.

XXXXXXXXXXXXXXXXX

LESERBRIEFE

Leserzuschriften bitte an folgende Adresse schicken:

SPD - Ortsverein
Fichtenweg 47
5788 Winterberg 1
Tel. 02981/370

XXXXXXXXXXXXXXXX

"Die Brennessel" bittet ihre Leser, ihr finanziell etwas unter die Arme zu greifen.
Unsere Stadtteilzeitung, die ja kostenlos und ohne Anzeigen verteilt wird, hat ein so großes Loch in unsere Kasse gerissen, daß wir allein es kaum noch stopfen können. Da wir unsere "Brennessel" in regelmäßigen Abständen - etwa achtmal im Jahr - in gewohntem Umfang herausgeben wollen, wären wir für jede Spende sehr dankbar.

Auch wollen wor an dieser Stelle all denen unseren Dank aussprechen, die uns in der Vergangenheit unterstützt haben, und ohne deren finanzielle Hilfe die früheren Ausgaben nicht hätten erstellt werden können.

Überweisungen bitten wir an obige Adresse zu senden
oder an
Volksbank Winterberg
SPD-Ortsgruppe Winterberg
Kto.Nr. 70 232 800
Kennwort: "Zeitung"

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

DIE MILITÄRS WOLLEN WIEDER ALLES

Mit Genehmigung des Grafen Baudissin und der SPIEGEL-Redaktion gibt "Die Brennessel" ein Interview wieder, das Graf Baudissin, einer der "Väter der Bundeswehr", dem SPIEGEL gegeben hat.

SPIEGEL: Graf Baudissin, die Nato will ihre Rüstung verstärken. Ist das wirklich notwendig?

BAUDISSIN: Das Kräfteverhältnis in Mitteleuropa ist weder destabilisiert, noch sind wir wirklich bedroht. Es besteht also kein Grund für eine unangemessene und übereilte Reaktion des Westens, die obendrein nur der Entspannung schaden würde.

SPIEGEL: Rüstet der Warschauer Pakt nicht einseitig auf?

BAUDISSIN: Es gibt auch im Westen leider Tendenzen, sich gedanklich und organisatorisch auf einen zukünftigen Krieg vorzubereiten. Deshalb wird auch bei uns der eigene Rüstungsbedarf erheblich höher angesetzt,

als für eine reine Kriegsverhütungsstrategie notwendig wäre.

SPIEGEL: Die Nato modernisiert ihre taktischen Nuklearwaffen und führt Präzisionswaffen ein. Wird das Gleichgewicht bedroht?

BAUDISSIN: Die Militärs wollen wieder alles beschaffen, was die Technologie ihnen anbietet, anstatt präzise Anforderungen an die Techniker zu stellen. In der Rüstungsdynamik aber, die dadurch ausgelöst wird, liegt die außerordentlich große Gefahr einer Destabilisierung in Mitteleuropa.

SPIEGEL: Der Warschauer Pakt hat mehr Streitkräfte und Panzer in Mitteleuropa als die Nato. Hat der Westen nicht recht, wenn er einen Abbau dieser Streitkräfte fordert?

BAUDISSIN: Diese Forderung ist sicherlich berechtigt. Aber die Sowjet-Union hat auch uns gegenüber ein übersensibles Bedrohtheitsgefühl. Moskau fühlt sich geographisch und politisch völlig eingekreist. Und wenn wir jetzt noch mit den Chinesen sicherheitspolitisch kooperieren würden, fühlen sich die Sowjets noch mehr bedroht. Dieses überhöhte Sicherheitsbedürfnis der Russen müssen wir einkalkulieren, wenn wir mit ihnen verhandeln.

SPIEGEL: Sie sehen also keinen erfolgreichen Abschluß der MBFR-Gespräche?

BAUDISSIN: Keinen, wenn es dem Westen bei jedem Rüstungskontrollabkommen nur darum geht, seine technologische Überlegenheit festschreiben zu lassen. Wenn wir dies nicht unterbinden, werden wir nie in der Lage sein, die Rüstungsdynamik in Mitteleuropa auch nur einigermaßen zu steuern.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

BEMERKUNG ZU "HOLOCAUST"

Im November des vergangenen Jahres, als in vielen Veranstaltungen und Kommentaren an die sogenannte "Reichskristallnacht" erinnert wurde, sang auf einem Winterberger Schulhof ein zehnjähriger Junge folgenden Vers:

"Advent,Advent, ein Jude brennt,
erst einer, dann zwei,
dann drei, dann vier.
Der fünfte schließt dann zu die Tür."

War dieser Junge ein zehnjähriger Rassist? Sicher nicht. Aber warum sang er diesen Text?
Zu der mehrteiligen Fernsehserie "Holocaust", durch die mit filmischen Mitteln die Grausamkeit der Judenvernichtung in unser Bewußtsein gerufen wurde, sind zahlreiche und widersprüchliche Aussagen gemacht worden.

"Die Brennessel" möchte durch das Zitat einer Passage aus Hannah Arendt's Buch "Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen" zum Nachdenken anregen.

" Es gibt sehr wenige Menschen, die imstande sind, wirklich begangenes Unrecht einzusehen - von Reue und Scham ganz zu schweigen.
Das ist nicht so einfach. Von allen Seiten und in allen Bereichen ist die deutsche Jugend heute mit Männern konfrontiert, die in Amt und Würden, in maßgeblichen Positionen und öffentlichen Stellungen das Gesicht des Landes bestimmen und in der Tat sich einiges haben zuschulden kommen lassen, ohne sich offenbar schuldig zu f ü h l e n .
Die normale Reaktion einer Jugend, der es mit der Schuld der Vergangenheit ernst ist, wäre Empörung. Und Empörung wäre zweifellos mit gewissen Risiken verbunden - nicht gerade eine Gefahr für Leib und Leben, doch entschieden ein Handicap für die Karriere.
Das ist alles sehr verständlich; aber wenn diese Jugend von Zeit zu Zeit - bei Gelegenheit des Anne-Frank-Rummels oder anläßlich des Eichmann-Prozesses - in eine Hysterie von Schuldgefühlen ausbricht, so nicht, weil sie unter der Last der Vergangenheit, der Schuld der Väter, zusammenbricht, sondern weil sie sich dem Druck sehr gegenwärtiger und wirklicher Probleme durch Flucht in Gefühle, also durch Sentimentalität entzieht. "

Ad.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

DAS ZITAT

"Religion hat Konsequenzen.
Wenn man das Evangelium liest,
kommt man zum Sozialismus
in seiner menschlichsten Form.
Die Kirche, die ich meine,
ist revolutionär
wie die Botschaft Christi!"

Luise Rinser,
kath. Schriftstellerin

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

DIE LETZTE SEITE

Über die Angepaßtheit oder Der genormte Mensch nach Din CD 08/15u

Noch gibt es ihn nicht, den angepaßten Menschen. Bisher ist er nur ein Ziel, eine Vorstellung einer bestimmten Gruppe; ein Wunsch, dessen Erfüllung man sehnsüchtig erwartet.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, beim angepaßten Menschen handelt es sich nicht um das Endprodukt irgendeiner sozialistischen Weltanschauung.

Der angepaßte Mensch soll vielmehr mitten in unserer demokratischen Gesellschaft zur Norm werden, nach der sich alle, mit Ausnahme einer gewissen Oberschicht, zu richten haben.

Nach Meyers Enzyklopädischem Lexikon "regeln N o r m e n in sozialen Beziehungen, welche Rollen die Beteiligten zu spielen haben."

Jedem Normalbürger wird eine Rolle zugeteilt.
Da die wenigen Hauptrollen bereits besetzt sind, bleiben nur noch die unbedeutenden Statistenrollen übrig.
Wie in einem aufwendigen Kinofilm über Napoleon oder Friedrich dem Großen müssen die Schlachtfelder mit Tausenden von Statisten gefüllt werden, die zwar keine Äußerungen von sich geben dürfen, jedoch genauestens den Anweisungen der Regie Folge zu leisten haben.

Wie der aufmerksame Leser sicherlich bereits festgestellt hat, soll unsere Gesellschaft in zwei Kasten eingeteilt werden:
In eine kleine Eliteschicht, bei der hauptsächlich das mehr oder weniger ehrlich erworbene Vermögen den Ausschlag gibt,
und in die vielen anderen, die mit zeitlichen Gütern nicht so sehr gesegnet sind.

Wie soll nun der angepaßte und genormte Mensch aussehen?
Jeder Mensch wird in eine bestimmte soziale Schicht hineingeboren.
Es ist ihm vom Schicksal bestimmt, in dieser sozialen Schicht zu bleiben.

Da selbständiges Denken unerwünscht ist, und die Erreichung des angestrebten Zieles der Anpassung in Gefahr bringt, darf es erst gar nicht zum Denken kommen

---

Wozu eine gute Schulbildung?
Wozu überhaupt ein ausreichendes Bildungsangebot für alle Kinder?
Bildung macht kritisch, und Kritik ist unbequem!
Die "Masse" braucht nicht zu denken!

Das muß denen überlassen bleiben, die dazu berufen sind: Der Elite!

Außerdem kann man es den eigenen Sprößlingen nicht zumuten, mit Arbeiterkindern auf einer Schulbank zu sitzen, und sich später dann auch noch um einen Studienplatz bemühen zu müssen!

Der genormte Mensch darf also über Volksschulbildung nicht hinauskommen. Diese "Volksschule" hat die Aufgabe, ihre Schüler zu Untertanen zu erziehen; zu Sauberkeit, Zucht und Ordnung anzuhalten; auf die stolze Vergangenheit Deutschlands hinzuweisen und vor den Gefahren des Sozialismus zu warnen, von dem natürlich alles Böse seinen Ursprung hat!

So gut vorbereitet und angepaßt für das Leben, nimmt der junge Mensch seinen Platz in der Gesellschaft ein.
Einen Platz, der ihm zugewiesen wird und ihm wenig Zeit läßt, eigenen Gedanken nachzuhängen.
Leistung am Arbeitsplatz ist das einzige, was von ihm verlangt wird.
Wahrlich, keine Überforderung!

Fleiß und deutsche Gründlichkeit, Ehrerbietung dem Unternehmer gegenüber, dessen Anordnungen immer weise und gerecht sind:
Das sind die Prinzipien, die Grundsätze, die eingehalten werden müssen.
Dazu noch Dankbarkeit, daß man die Möglichkeit hat, sich als nützliches und arbeitendes Glied unserer Gesellschaft erweisen zu dürfen.

So lebt man befreit von jeder Verantwortung ein glückliches Leben. Denn das Glück besteht nach Aussagen der christlichen Politiker "nicht in der Befriedigung von Bedürfnissen, sondern im Gefühl des rechten Tuns."

Wie können da nur die Gewerkschaften kommen und höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung und mehr Urlaub fordern!?
Das alles stört nur den Arbeitsfrieden und bringt Unruhe "in das so reibungslos funktionierende gesellschaftliche Gefüge".

Das alles ist nur die Ausgeburt einer sozialistisch verseuchten Phantasie, was ja zu nichts Gutem führen kann!
Daher ist es auch verständlich, daß viele Unternehmer ihre Arbeiter vor solchen Störenfrieden, wie die Gewerkschaften es sind, bewahren wollen, und es nicht gestatten, daß ihre Arbeitnehmer, für die sie sich vor Gott und dem Vaterland voll und ganz verantwortlich fühlen, durch unausgegorene und revolutionäre Ideen versaut werden.

Wer aber trotzdem nicht mit den betrieblichen Zuständen zufrieden ist, soll doch in die DDR gehen und sich dort am Sozialis-

mus begeistern!
In unserer westlichen Demokratie hat er nichts zu suchen!

Diese Gedankengänge sind für den genormten Menschen einleuchtend und verständlich. Er sieht langsam ein, daß es nur recht und billig ist, dem Unternehmer, der doch für alles die volle Verantwortung trägt, hohe und überhöhte Gewinne zu gewähren.

Wenn diese Einstellung Allgemeingut geworden ist, dann ist die "Soziale Frage" endgültig gelöst.
Dann gibt es keine Kritik mehr am inner- und außerbetrieblichen Unternehmerverhalten; dann können diese Leute nach Art des Gunther Sachs (dieser Name ist auswechselbar) tun und lassen, was sie wollen.
Sie stehen als "Auserwählte" eben jenseits von Gut und Böse.

Der solchermaßen durch Schule und Beruf "geprägte" Mensch zeigt selbstverständlich auch ein genormtes politisches Verhalten.
Für ihn ist nur eine einzige Partei wählbar. Welche das ist, entscheidet der Arbeitgeber, dem ja überhaupt das Denken überlassen worden ist.
Da der Arbeiter vom Geld des Unternehmers lebt, hat dieser auch zu bestimmen, welche politische Richtung zu unterstützen ist.

Da kommt natürlich nur die "staats- und ordnungserhaltende konservative Partei" infrage, deren oberstes Gesetz es ist, "das Althergebrachte und Bewährte" zu erhalten.
Angeblich fußend auf dem Christentum (Im Oktober 1978 wurde nach dreißigjähriger Existenz dieser Partei sogar der Name Gottes in das Parteiprogramm aufgenommen, ohne den sie vorher gut auskommen konnte.),
weist sie mit schönen und wohltuenden Worten den Weg in unserer pluralistischen (vielschichtigen) Gesellschaft, der natürlich der einzig richtige ist.

Gestützt auf das Geld der Unternehmer kann diese Partei in aufwendigen Broschüren und durch markige Sonntagsreden allen klar und deutlich machen, daß nur ein Obrigkeitsstaat, in dem jedem sein Platz auf der gesellschaftlichen Stufenleiter fest zugeordnet ist, das Glück des Einzelnen garantieren kann.
Jede andere Partei, vor allem aber die sozialdemokratische, hat sich außerhalb der Demokratie gestellt (Helmut Kohl und andere).

Der genormte und angepaßte Mensch nimmt selbstverständlich alle Entscheidungen einer Behörde widerspruchslos entgegen.
"Die da oben" - in erster Linie nach dem Parteibuch und nicht nach dem Können ausgewählt, und von der tonangebenden oberen Schicht gestützt - machen schon alles richtig!

Es ist ja jedem verständlich gemacht worden, daß selbständiges und kritisches Denken außerhalb eines vorgegebenen Schemas nur Verwirrung und Unruhe stiftet.

Alle Versäumnisse, alle Fehlentscheidungen eines Behördenchefs, alle seine selbstherrlichen und eigenmächtigen einsamen Beschlüsse, sind so jeder Kritik entzogen.

Wie am Anfang schon gesagt, gibt es den angepaßten Menschen noch nicht in seiner vollendeten Form. Aber einflußreiche Kreise bemühen sich hektisch, ihn wirklich werden zu lassen.
Zu einer Größe, über die man frei verfügen kann, die keinen Widerstand mehr erwarten läßt; zu einer Größe, die man einplanen kann wie Kapital und Maschinen und ebenso leicht wie letztere auszuwechseln und durch Rationalisierung einzusparen vermag.

Ist erst einmal der genormte Mensch nach Din CD 08/15u Wirklichkeit geworden, dann dauert es nicht mehr lange, und es gibt nur noch eine einzige Partei.
Alle Andersdenkenden sind Volksschädlinge, die aus dem Verkehr gezogen werden müssen.

ALLES DAS IST SCHON EINMAL DAGEWESEN !

Die Älteren unter uns erinnern sich noch!

Kr.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

==========

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX